

Wie libertär kann Konservatismus sein?

Stefan Blankertz

I wear what I want.

I swear what I want.

... It's my life.

Wendy O. Williams

I.

Vor einigen Wochen gingen wir durch Barcelona, und ich entdeckte Protestplakate gegen den Bau einer neuen Straße. Eins der Plakate richtete sich gegen die Enteignungen, die der Staat beabsichtigt, um für die Straße Raum zu schaffen. Gegen Enteignungen sein – das ist bestimmt eine unumstritten *libertäre* Position. Den Protest allerdings haben etatistische Sozialisten organisiert. Folgt daraus, dass etatistische Sozialisten die „natürlichen Verbündeten“ der Libertären sind? Wohl kaum. Der Protest gegen Enteignungen bildet mit Sicherheit eine gute Gesprächs- und Diskussionsgrundlage für Libertäre mit diesen Leuten; die Erfahrung lehrt uns aber, dass der staatssozialistische Protest gegen Enteignung rein pragmatisch und keineswegs prinzipiell ist. Er drückt nicht aus, dass etatistische Sozialisten ab jetzt für das Eigentumsrecht eintreten.

Den gleichen Fehler, den jemand macht, der aus dem sporadischen Protest von etatistischen Sozialisten gegen Enteignungen eine prinzipielle Übereinstimmung mit libertären Positionen herausliest, macht Hans-Hermann Hoppe meines Erachtens in Bezug auf den Konservatismus. Ich knüpft an Thesen an, die Hoppe seit geraumer Zeit vertritt, indem er die Perspektive einer libertär-konservativen Bewegung skizziert.¹ Ich werde zeigen, dass der Konservatismus als politische Richtung nicht *prinzipieller* Bündnispartner für Libertäre sein kann. Das schließt wohlgernekt weder aus, mit konservativen Denkern sich auszutauschen

¹ Ich beziehe mich besonders auf: Hans-Hermann Hoppe, *Democracy: The God that Failed*, New Brunswick 2002: Transaction Books. – Die Demokratiekritik von Hoppe, um die es im Folgenden nicht geht, ist libertäres Allgemeingut. Eine sehr präzise („links“-anarchistische) Argumentation hat z.B. Robert Paul Wolff vorgelegt („In Defence of Anarchism“, 1970). Meine eigene Demokratiekritik findet sich in: Stefan Blankertz, *Die*

noch mit konservativen Strömungen punktuell zusammen zu arbeiten. Es schließt ebensowenig aus, in einem anderen als politischen Sinne positiv an die konservative Haltung anzuschließen. Darauf werde ich am Ende zurückkommen.

II.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Konservativismus bereitet zunächst und überhaupt die Schwierigkeit, dass nicht auszumachen ist, was ein konservativer Standpunkt jenseits von tagesaktuellen Zuschreibungen inhaltlich überhaupt bedeuten kann. Dies sagt ja auch Hoppe, wenn er bezweifelt, ob Konservative „überhaupt für etwas stehen“. Den Begriff „Konservative“ schränkt er sogar noch ein auf „westliche griechisch-christliche Konservative“. Später bemerkt er, viele Konservative seien eigentlich Sozialisten.² Erst muss man demnach den Begriff „konservativ“ auf die „westlich griechisch-christlichen Konservativen“ einschränken, um ihnen *dann* zu erklären, was sie „eigentlich“ anstreben sollten, um sich *dann* mit ihnen verbünden zu können. – Übrigens: Die antiken Griechen waren alles andere als homophob, was vielen *heutigen* US-Konservativen gar nicht passen dürfte.³

„Konservativ-Sein“ in Russland könnte darin bestehen, für ein sowjetisches Regime einzutreten *oder* für die Wiederherstellung des Zarentums.⁴ Beides keine erfreulichen Vorschläge, schon gar keine libertären. „Konservativ“ in der Zeit der industriellen Revolution war entweder der Wunsch, zum Merkantilismus *oder* zu einer agrarischen Gesellschaft zurückzukehren. Das waren ebensowenig attraktive Aussichten.

Therapie der Gesellschaft, Wuppertal 1998, S. 139ff. Hoppes Variation liegt in seiner eigenartigen Verbindung von libertärer Demokratiekritik mit konservativ-monarchistischen Tendenzen.

² „Conservatives [...], if they stand for anything ...“ (ebd., S. 188), in Klammern „or more specifically, Western Greco-Christian conservatives“. – „Most contemporary conservatives [...] are not conservatives but socialists“ (S. 199).

³ Nach Mitteilung von Paul Goodman waren die US-Konservativen in den 1940er bis 1960er Jahren toleranter, jedenfalls toleranter als die „Progressiven“; vgl. Paul Goodman, Die Politik des Schwulseins [1969], in ders. Natur heilt, Köln 1989, S. 244.

⁴ Wenn man von Hoppe her gedacht einwenden wollte, das Zarentum sei historisch gewachsen, das Sowjetsystem dahingegen durch Gewalt dem Volk aufgezwungen, so stecken darin zwei Fehler: 1) Auch das Zarentum ist, wie jeder Staat, durch Gewalt entstanden (vgl. Stefan Blankertz, Das libertäre Manifest, Grevenbroich 2002, S. 53ff), nur eben zeitlich *früher* als das Sowjetsystem. 2) Die Kritik gegen das Aufbrechen traditioneller Strukturen ist im Kern anti-kapitalistisch. In der industriellen Revolution haben konservative wie romantisch-

Bleiben wir einen Moment bei der formalen Struktur des Konservatismus, ohne eine mögliche inhaltliche Füllung zu betrachten. „Konservatismus“ kommt wie „Konserve“, „konservieren“ und „Konservatorium“ vom Lateinischen „conservare“. Das Verb bedeutet „unversehrt bewahren“, „begnadigen“, „achten“ oder auch „versorgt-sein“. Als politisches Programm steht „konservativ“ seit dem beginnenden 19. Jahrhundert dafür, augenblicklich herrschende gesellschaftliche Ordnungen bewahren zu wollen mit einer leichten Tendenz, jeweils den Zustand von vor ein paar Jahren oder Jahrzehnten zu idealisieren. Alternativ wird „Traditionalismus“ gebraucht; dieser Begriff hat sich aber nie als Banner der politischen Identifikation durchgesetzt.

Die Konservativen bzw. Traditionalisten verdrängen oft, dass die Veränderung des früheren Zustandes in der Regel einem Lösungsversuch eines *Problems* entspringt.⁵ Beispiel: Die Veränderung der (Staats-)Schule in den 1970er Jahren, die heute von Konservativen als deren Zerstörung angeprangert wird, ist Folge der Dysfunktionalität der damaligen (Staats-)Schule gewesen. Eine Rückkehr zum (Staats-)Schulsystem etwa der 1950er Jahre (die nur ebenso gewaltsam möglich wäre, wie die Veränderung es gewesen ist), würde wahrscheinlich zu einer auch wirtschaftlichen Katastrophe führen – denn damals waren, was vielfach übersehen wird, die *Wirtschaftsverbände* die treibende Kraft der Reform (nicht so sehr die „linken“ Kritiker, die ja gar keine systemimmanente Reform anstrebten, sondern die Überwindung des „Kapitalismus“). – In der Schulfrage wird sehr schön die doppelte Moral deutscher Konservativer deutlich: Die Reformen der 1970er Jahre gelten (wohlgemerkt: *richtigerweise*) als staatliche Gewaltakte, aber die „alte“ Schule gilt als „gewachsen“, „organisch“, „natürlich“, „Eltern-“ oder „Kind-orientiert“ oder gar „nicht-staatlich“, was offensichtlich falsch ist.

Daran schließen sich drei prinzipielle Fragen vom libertären Standpunkt aus an:

1. Wie ist die Ordnung *entstanden*, die erhalten oder wieder hergestellt werden soll? Aufgrund von Zwang oder von freiwilligen Entscheidungen? Wenn die Ordnung auf Zwang beruht oder beruhte wie z.B. das Zarentum, das Sowjetregime oder der Merkantilismus, ist sie libertär gesehen abzulehnen und unter keinen Umständen wert, bewahrt oder wieder hergestellt zu werden. Beruht oder beruhte die Ordnung dagegen auf

sozialistische Kritiker genau diese Traditionsfeindlichkeit dem Kapitalismus vorgeworfen (vgl. die Literatur, die in Fußnote 8 angegeben ist).

⁵ Vgl. Stefan Blankertz, Das libertäre Manifest, S. 324ff.

freiwilligen Entscheidungen, wie z.B. der Industrialismus oder eine sozialistisch-owenitische Siedlung, kann sie bewahrt werden, muss es aber nicht. Das führt uns zur zweiten Frage:

2. Wodurch wird oder wurde die gesellschaftliche Ordnung *verändert*? Durch Zwang oder durch freiwillige Entscheidungen? Wenn die Ordnung durch Zwang verändert wird, z.B. durch Verbot einer religiösen Vereinigung oder durch steuerfinanzierte Subventionierung von Nichtstun, dann ist die Veränderung libertär gesehen abzulehnen und ein konservativer Standpunkt wäre durchaus als freiheitlich zu bezeichnen. Verändert sich die gegenwärtige Ordnung durch freiwillige Entscheidungen, etwa indem Mitglieder die sozialistisch-owenitischen Siedlung verlassen oder indem Mitglieder einer religiösen Vereinigung einen Wert wie den der lebenslangen Monogamie nicht mehr teilen, so ist vom Standpunkt der Freiheit nichts dagegen einzuwenden. Das führt uns zur dritten Frage:
3. Durch welche Mittel soll die augenblickliche Ordnung *bewahrt* oder eine voraufgehende Ordnung wieder hergestellt werden? Das Mittel, um eine freiwillig zustande gekommene gesellschaftliche Ordnung gegenüber einer zwangsweisen Veränderung zu bewahren, ist die Wiederherstellung der Freiwilligkeit, z.B. Aufhebung eines neu erlassenen Vereinigungs-Verbotes. Das ist offensichtlich eine libertäre Strategie. Verändert sich eine gegebene gesellschaftliche Ordnung jedoch aufgrund von freiwilligen Entscheidungen, kann das logischerweise nur durch Zwang verhindert werden, z.B. Verbot der Ehescheidung. Das wäre dann offensichtlich eine anti-libertäre Strategie.

Die zwangsweise Bewahrung einer sich in Veränderung befindlichen gesellschaftlichen Ordnung ist allerdings gar nicht mehr konservativ, sie ist *reaktionär*. Um den Unterschied zwischen „konservativ“ und „reaktionär“ zu bezeichnen, gehen wir von einer freiwilligen Gemeinschaft aus, etwa einer religiös orientierten, die viel Wert auf stabile Familienverhältnisse legt. Wenn sich zu einem gegebenen Zeitpunkt in dieser Gemeinschaft der Wert der stabilen Familienverhältnisse auf freiwilliger Basis verändert, so kann der ursprüngliche Wert nur durch *Zwang* bewahrt werden. Der Zwang ist aber in Wirklichkeit *keine* Rückkehr zu der ursprünglichen Situation, in der ja eine *freiwillige* eheliche Treue vorlag, sondern schafft *neue* Verhältnisse, nämlich eine eheliche **Zwangsgemeinschaft**.

Hans-Hermann Hoppe kommt das Verdienst zu, auf einige besonders subtile Formen von zwangsweisen Veränderungen in der Gesellschaft hingewiesen zu haben. Ich führe ein Beispiel an, nämlich die Zunahme von alleinerziehender Mutterschaft. Indem

alleinerziehende Mutterschaft durch Sozialhilfe und Fürsorge subventioniert wird, schafft die etatistische Gesellschaft über die Zwangsbesteuerung einen ökonomischen Anreiz für ein Verhalten mit kurzer Zeitpräferenz. „Was immer man mit Steuermitteln begünstigt, davon erhält man im Verlauf der Zeit mehr. Wenn man alleinerziehende, unverheiratete, geschiedene Mütter durch Kindertagesstätten, Erziehungszuschüsse, gesetzliche Kündigungsvorschriften etc. begünstigt und den Status des Verheiratetseins und -bleibens entsprechend abwertet, dann erhält man mehr davon.“⁶ Ökonomisch zweifelhaft ist an dieser Aufzählung allerdings der Kündigungsschutz, weil der ja zu einer *Abnahme* der Frauenerwerbstätigkeit führt. Dazu komme ich gleich noch. Hoppe spricht übrigens im Zusammenhang von alleinerziehender Mutterschaft von „illegitimen Geburten“. Ich frage mich, was der Begriff „illegitim“ in einer nichtstaatlichen Ordnung für einen Sinn haben kann; aber das nur am Rande.

III.

Diese Argumentation halte ich im großen Ganzen für ökonomisch stichhaltig. Aber sie ist, genauer betrachtet, nicht geeignet, die Grundlage für ein Bündnis mit solchen Konservativen zu schaffen, denen die Stabilität der so genannten vollständigen Kleinfamilie am Herzen liegt. Denn ob aus Hoppes Argumentation folgt, dass es in einer stärker marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft tatsächlich weniger alleinerziehende Mütter gibt als heute, darf keineswegs als sicher erachtet werden.

Ludwig von Mises spricht im Zusammenhang mit dem Markt von der „Knappheit der Arbeit und dem Überfluss an ursprünglichen sachlichen Produktionsmitteln“.⁷ Das die wirtschaftliche Entwicklung begrenzende Element ist diese Relation von knapper Arbeitskraft zum Überfluss an sachlichen Produktionsmitteln, sofern keine Interventionen sie stört. Was kann demnach ein um Arbeitskräfte ringender Unternehmer tun? Er wird u.a. auch auf das Reservoir an Müttern zurückgreifen und z.B. Kinderbetreuung organisieren, um ihnen zu ermöglichen, einer Arbeit nachzugehen. Das ist übrigens nicht so theoretisch, wie es zunächst klingen mag. Zur Erinnerung: In der industriellen Revolution ist genau das geschehen.

⁶ H.-H. Hoppe in: ef-Magazin, Nr 41 (April 2004, S. 41). Zu anderen Aspekten dieses Interviews im ef-Magazin siehe meine Antwort in der Ausgabe 42 (Juni 2004), S. 48f.

Kinderbetreuung ist entweder von den Unternehmern gestellt worden, um die Mütter in die Fabriken zu bekommen. Oder die Mütter haben sie selbst organisiert, um die vergleichsweise hohen Löhne in den Fabriken zu erzielen. Eben das war den damaligen Konservativen ein Dorn im Auge. Sie haben, ebenso wie viele Sozialisten, gegen diese Zerstörung der Familie und
Auf-
lösung der angeblich natürlichen Mutterrolle protestiert.⁸

Ein Stopp der Subventionierung alleinerziehender Mutterschaft führt nur dann *sicher* zu einer Abnahme alleinerziehender Mütter, wenn man *gleichzeitig* die interventionistische Wirtschaftspolitik bewahrt bzw. intensiviert, also wenn z.B. die Nachfrage nach Arbeit künstlich niedrig gehalten wird. Es gibt auch andere Maßnahmen, die Mütter vom Arbeitsmarkt fernhalten. Mitte 1980er Jahren hat sich der legendäre CDU-Familienminister Heiner Geißler in dieser Hinsicht als erfinderisch erwiesen. Der Mutterschutz wurde verstärkt, ideologisch verbrämt als frauen- und kinderfreundliche Maßnahme. Wie nicht anders zu erwarten war, bestand das Ergebnis jedoch in einer Abnahme der relativen Frauenerwerbstätigkeit, weil nunmehr weniger Menschen weiblichen Geschlechts im gebärfähigen Alter eingestellt wurden (jedenfalls in privaten Sektor). Das war allerdings der *insgeheim* gewünschten Effekt, weil er nämlich zur „Entlastung des Arbeitsmarktes“ beitragen sollte.

Es wäre allerdings nicht einmal eine ausgemachte Sache, dass ein Stopp der **Zwangssubventionierung** alleinerziehender Mutterschaft zu einem Ende der Unterstützung für alleinerziehende Mütter führen würde. Schließlich könnten freiwillige Spenden, in Deutschland etwa über das katholische Müttergenesungswerk, weiter für diesen „guten Zweck“ vereinnahmt werden und einen fortgesetzten ökonomischen Anreiz für alleinerziehende Mutterschaft konstituieren. – Im Übrigen ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass nur rund ein Drittel der alleinerziehenden Mütter Sozialhilfeempfängerinnen sind. Ein Drittel gehört der gehobenen Einkommenssicht an und konstituiert einen sehr erfolgreichen gesellschaftlichen Bereich. Das dritte Drittel machen

⁷ Ludwig von Mises, Nationalökonomie (1940), München 1980: Philosophia, S. 544. Vgl. auch Murray Rothbard, Man, Economy, and State (1963), Los Angeles 1970: Nash, S. 504.

⁸ Vgl. zu diesem Themenkomplex: F. A. Hayek (Hg.), Capitalism and the Historians (1954), Chicago 1963: Phoenix; IEA (Hg.), The Long Debate on Poverty (1972), London 1974; E. G. West, Education and the Industrial Revolution (1975), Indianapolis 2001: Liberty; Joel H. Spring, Education and the Rise of the Corporate State, Boston 1972: Beacon; David Nasaw, Schooled to Order, New York 1979: Oxford University Press; Michael B. Katz, The Irony of Early School Reform (1968), New York 2001: Teachers College.

Mittelschichtmütter aus, die unter der Doppelbelastung von Kinderbetreuung und Geldverdienen zwar leiden, aber keine Sozialhilfe beziehen.⁹ Das Bild der Sozialhilfe abzockenden „Gebärmaschine“ stellt sich also, wie so oft, als ein kollektivistisch manipuliertes Szenario dar.

Die Widersinnigkeit einer strategischen Allianz zwischen Konservativen und Libertären zeigt sich verschärft, wenn wir nun ein weiteres Element gegenwärtiger konservativer Denkungsart hinzunehmen, nämlich das Jammern über die angebliche Unterproduktion von Nachkommenschaft. In diesem Zusammenhang treten Konservative häufig dafür ein, die zwangssteuerlichen Subventionen für das Kinderkriegen und Kindergröziehen auszubauen, sowohl direkter Art wie Kindergeld als auch indirekter Art wie kostenloses Zurverfügungstellen von Betreuungs- und Bildungsangeboten.

Einige Konservative hätten es wohl gern, dass diese Subventionen fürs Kinderhaben auf so genannte intakte Familien beschränkt bleiben würden. Nehmen wir jedoch an, dass ein Vater stirbt, so wäre es, denke ich, selbst für einen etatistischen Konservativen keine humane (oder christliche!) Option, der zurückbleibenden alleinerziehenden Mutter die Unterstützungen zu versagen, die vollständige Familien erhalten. Denken wir uns die glücklicherweise absurde Regelung, dass eine Mutter, deren Mann gestorben ist, Unterstützung bekäme, während einer Mutter, die sich hat scheiden lassen, diese verwehrt würde. Das würde einen ökonomischen Anreiz dafür schaffen, sich des Ehemannes ggf. durch dessen Tötung anstatt durch Scheidung zu entledigen.

IV.

Schauen wir über den Tellerrand unserer eigenen Kultur, so gibt es noch eine andere als die subventionistische Lösung für die Tendenz der Verarmung geschiedener Mütter. Im islamischen Kulturkreis, in welchem die Scheidung seit langem institutionalisiert ist (wenn auch nur vom Manne ausgehend), ist es selbstverständlich, dass die Kinder in der väterlichen Familie verbleiben. Das entbehrt nicht der ökonomischen Rationalität: Der Mann verfügt üblicherweise über die größeren wirtschaftlichen Ressourcen und kann damit den Kindern die

⁹ Vgl. Veronika Hammer, Einelternfamilien mit besonderen Belastungen – Praxis und Forschungserfahrungen, in: Fegert/Ziegenhain (Hg.), Hilfen für Alleinerziehende, Weinheim 2003: Juventa.

besseren Zukunftsperspektiven bieten.¹⁰ Nach dem Hoppe-Argument ist in diesem Licht betrachtet auch in einer libertären Gesellschaft zu erwarten, dass Scheidungskinder eher in der väterlichen Familien verbleiben, *sofern die Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen sich nicht grundlegend ändert*. – In Deutschland wird dies übrigens nicht nur durch eine von Mutter-ideologie geprägte kulturelle Haltung verhindert, sondern auch durch eine Rechtsprechung, die es Vätern nahezu unmöglich macht, das Sorgerecht über ihre Kinder zu erlangen.

Allerdings meinen Evolutionsbiologen, dass der „Grad an weiblicher Keuschheit“, wie Hoppe es nennt, und die Monogamie eher zu- als abnimmt. Sexualwissenschaftliche Untersuchungen lassen z.B. vermuten, dass es in der Geschichte der Menschheit noch nie so viele 18-jährige Jungfrauen wie in der westlichen Welt heute gegeben hat. Als ein starkes evolutionsbiologisch begründetes Indiz für die Zunahme der Monogamie kann die Tendenz hin zur Androgynie angesehen werden (je promiskuer eine Art, um so stärkere Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Individuen gibt es).

Im Zusammenhang mit der heutigen westlichen Kleinfamilie von „natürlicher Ordnung“ zu sprechen, wie Konservative es gern tun, ist ebenfalls bedenklich. Der Theologe und Primatologe Volker Sommer vertritt die These, der *Staat* hätte die Clans zerschlagen, weil sich eine Ansammlung von Kleinfamilien besser kontrollieren lasse. Und im Gegensatz zu der neuerlichen Bekräftigung des jüngst verstorbenen Papstes konstatierte der heilige Thomas von Aquin im 13. Jh., die „Bigamie“ verstoße *nicht* gegen das natürliche Ordnung, sondern *bloß* gegen das geschriebene Recht, das seiner Ethik zufolge keine allgemeingültige Verbindlichkeit besitzt.¹¹

Hoppes Ausdruck „Grad an weiblicher Keuschheit“ irritiert auch in andere Hinsicht. Schließlich leben wir im Zeitalter der Verhütungsmittel. Weniger „uneheliche“ (oder „illegitime“) Kinder, um bei diesem etatistischen Begriff zu bleiben, bedeutet ja wohl kaum ein mehr an weiblicher Keuschheit. Hat es auch historisch gesehen nicht bedeutet, denn ein

¹⁰ Außerdem kann die geschiedene Frau sich wieder verheiraten, ohne ihrem neuen Ehemann die Kinder seines Vorgängers „zumuten“ zu müssen. (Umgekehrt wird es in diesem Kulturkreis als überhaupt nicht problematisch angesehen, dass eine Frau die Kinder ihrer Vorgängerin im Haushalt duldet.)

¹¹ Volker Sommer, „Der nackte Affe“ – erneut betrachtet, in: G. Eifler u.a. [Hg.], *Tier und Mensch*, Mainz 1993. Thomas von Aquin: Vgl. Stefan Blankertz, *Lust auf Leben: Thomas von Aquin*, Köln 2001, S. 17ff, das Zitat zur Bigamie S. 21.

Mangel an Verhütungsmitteln hat es noch nie gegeben; sie sind – dem Kapitalismus sei Dank!
– bloß *sicherer* geworden.

V.

Exkurs zu der angesprochenen konservativen Sorge um die Reproduktion der Gesellschaft: In der Tat gibt es libertär gesehen keine Handhabe, die Menschen zur Reproduktion zu zwingen. Wenn nicht genügend Menschen sich reproduzieren wollten, würde eine aus diesen Menschen zusammengesetzte Gesellschaft aussterben. Allerdings behauptet der Libertarismus, dass Menschen, die sich reproduzieren wollen, für sich und ihre Nachkommen die besten Bedingungen dazu in der Freiheit finden. Da viele Gesellschaften sich bisher unter den fürchterlichsten Bedingungen von Verfolgung, Zwang und Not sehr erfolgreich reproduziert haben (als Beispiel sei bloß auf die Juden verwiesen), wäre es eine wirklich erbärmliche Annahme, dass sie es unter der Bedingung von Freiheit nicht täten. Oder anders ausgedrückt: Mit Leuten, die annehmen, dass Menschen sich nur unter Zwang reproduzierten, gibt es für Libertäre wohl keine gemeinsame Basis.

VI.

Nun habe ich in der Argumentation zwei implizite Behauptungen über einen konservativen Standpunkt zur Voraussetzung, nämlich

1. Konservative treten *gegen* die Subventionierung alleinerziehender Mutterschaft ein und
2. Konservative sind *für* eine (Zwangs-)Subventionierung von Nachkommenschaft in stabilen Kleinfamilien.

Es könnte nun jemand sagen, Konservative verträten gar nicht diesen Standpunkt. In der Tat gibt es jedenfalls in Deutschland viele Konservative, die durchaus *für* die Subventionierung alleinerziehender Mutterschaft stehen. Vielleicht finden sich einige wenige, die sich *gegen* die Subventionierung von Nachkommenschaft selbst in stabilen Kleinfamilien aussprechen. Üblich ist das in Deutschland jedenfalls nicht. In der „Welt“ vom 12. November 2004, Seite 10, *beklagt* der konservative (?) Kolumnist Guido Heinen die Ankündigung der rot-grünen Regierung, „reine Transferleistungen“ an Mütter *einschränken* zu wollen. (Stattdessen will die Regierung mehr Mittel bereitstellen, um Müttern den Wiedereinstieg in den Beruf zu

ermöglichen.) Heinen fordert dagegen, durch *Transferzahlungen* weiterhin die „Wahl“ der Mütter zu unterstützen, „mehrere Jahre ihres Lebens ganz für die Erziehung ihrer Kinder dazu sein“. – Wohlgermerkt schließen *beide* Positionen Zwangsmaßnahmen ein: Die Sozialisten wollen die Lebensform „Beruf und Mutterschaft“ **steuersubventionieren**, die Konservativen die Lebensform „Nur‘-Hausfrau und Mutter“. Eventuell nehmen manche Konservative in den USA eine vollständig libertäre Position ein. Um so besser. Aber daraus kann nicht geschlossen werden, dass eine prinzipielle Vereinbarkeit von Libertarismus und Konservatismus besteht – schon darum nicht, weil gar keine prinzipiell konservative Position überhaupt auszumachen wäre.

Von Murray Rothbard habe ich die Weisheit, dass Libertäre weder „rechts-opportunistisch“ noch „links-sektiererisch“ sein sollten, wie er in ironischer (?) Anlehnung an den marxistischen Jargon sagte.¹² In der Frage der Subventionierung alleinerziehender Mutterschaft, die ich hier beispielhaft untersucht habe, wäre es „links-sektiererisch“ zu sagen: „Abschaffung der Zwangsubventionen für alleinerziehende Mütter wäre ausschließlich in dem Falle libertär, dass der Staat völlig beseitigt ist, denn nur dann können alleinerziehende Mütter Arbeit finden.“ Der Struktur nach legt Hoppe ein solches Junktim hinsichtlich eines anderen Themas zugrunde, nämlich des der offenen Grenzen. „Angenommen, die Vereinigten Staaten würden erklären, dass es keine Grenzkontrollen mehr gäbe, und jeder, der ins Land käme, würde auf die Sozialleistungen der Einheimischen Anspruch erhalten. Gäbe es einen Zweifel an dem katastrophalen Ergebnis dieses Experimentes?“¹³ *Scheinbar* hat Hoppe hier die links-sektiererische Argumentationsweise mit einem rechten Inhalt gefüllt. Scheinbar! Denn die Geschichte der Linken ist gekennzeichnet von protektionistischen Maßnahmen, die (angeblich) einheimische Arbeiter vor fremdländischer Konkurrenz schützen sollen. „Restricted Immigration“ ist kein genuin konservativer, sondern ein allgemein etatistischer Ansatz! – Hoppes Hinweis, in einer anarcho-kapitalistischen Gesellschaft gäbe es zwar selbstredend keine Grenzen, aber auch kein „Recht“ auf Immigration, weil Immigrationswillige Eigentümer finden müssen, die Wohnraum und Arbeit (oder freiwillige Wohlfahrt) zur Verfügung stellen, ist m.E. richtig und *sehr* wichtig, um die libertäre Position deutlich und *konsequent* zu machen.

¹² Murray N. Rothbard, *For a New Liberty*, New York 1978: Collier, S. 297ff. Vgl. auch: ders., *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands 1982: Humanities, S. 251ff.

¹³ „Assume that the United States [...] declare that there would be no longer any border controls, that anybody who could pay the fare might enter the country, and, as resident, would then be entitled to every ‚normal‘ domes-

Dagegen wäre es in der Diskussion um alleinerziehende Mutterschaft „rechtsopportunistisch“ zu sagen: „Wenn wir die Zwangssubventionen für alleinerziehende Mütter abschaffen, werden Frauen treu (oder sie bleiben keusch).“ – Die *libertäre* Antwort nach „links“ ist die, dass es kein Recht gibt, zwangsweise auf Kosten anderer zu leben, auch für alleinerziehende Mütter nicht; während wir nach „rechts“ antworten, dass jede Lebensform zu tolerieren ist, solange sie nicht zwangsweise das Eigentum anderer sich zu nutze macht.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Die Kennzeichnung „links“ hat ebensowenig prinzipiellen Inhalt wie „konservativ“. Viele „konservative“ Positionen (vom Protektionismus über asketische Ideale bis hin zur Homophobie) sind ebenso häufig auf der „linken“ Seite zu finden. (Beispiel: Verfolgung von Homosexuellen auf Cuba.)

Hoppe reißt dagegen leider wieder das überholte Rechts-Links-Schema auf, die „Arschbacken-Politik“, wie André Lichtschlag es nennt. Ich konstruiere ein analoges Beispiel für die „linke“ Seite. Nehmen wir an, die („links-“)libertäre Autorin Karola Tembrins¹⁴ würde ein Buch schreiben mit dem Titel „Der große Bluff: Warum Politik keine menschenwürdige Gesellschaft errichten kann“. Darin würde sie die ökonomisch richtige Theorie darstellen, dass Vorurteile zwar kostenlos seien, aber auf Diskriminierung ein Preis läge.¹⁵ Daraus zöge sie den Schluss, dass in einer libertären Gesellschaft keine Diskriminierung stattfinden könne. Schließlich sei Diskriminierung auch unethisch und unnatürlich. Leute, die Anti-Diskriminierungsgesetze forderten, seien die natürlichen Bündnispartner für Libertäre. Libertäre sollten darüber hinaus schon heute damit beginnen, sich selbst jede Art von Diskriminierung in Wort, Schrift und Handlungen zu versagen. – Die formale Struktur dieser Argumentation entspricht genau derjenigen von Hoppe, nur eben mit einem anderen, nämlich „linken“ Inhalt. Polemische Satire? „Libertäre müssen sich von den anderen dadurch unterscheiden, dass sie die extremsten Formen der Intoleranz und Diskriminierung propagieren und praktizieren, gerichtet gegen Gleichmacher, Demokraten, Sozialisten, Kommunisten, Multikulti, Umweltaktivisten, schlechte Manieren, Fehlverhalten,

tic welfare provision. Is there any doubt about the disastrous outcome of such experiment in the present world?“ (Democracy, S. 159).

¹⁴ Vgl. Karola Tembrins, Anne R. Chérie (Wetzlar 1989), neue Version auf: www.freiheitsfabrik.de

¹⁵ Vgl. z.B. Steven Farron, Prejudice is Free, but Discrimination has Costs, in: Journal of Libertarian Studies, Vol 14, No 2 (Summer 2000).

Inkompetenz, Ungezogenheit, Vulgäresein und Obszönität.“¹⁶ Das Problematische in diesem Satz ist das kleine Wort „*müssen*“. Warum dürften Menschen in ihren freiwilligen Gemeinschaften, die *nur* ihr Eigentum umfassen, nicht z.B. demokratisch, multikulturell und ökologisch sein und den Gebrauch von „four-letter-words“ dulden? Auch *freiwilliger* Sozialismus, Kommunismus usw. kann ja nicht ausgeschlossen werden! – Eine extreme Form von „Rechtsopportunismus“, die ich persönlich für nicht mehr libertär halte, vertritt Edward Feser, der u.a. sagt: „Jeder, auch jeder Libertäre, der denkt, dass Homosexualität unmoralisch sei, hat Gründe, gegen die Aufhebung von Gesetzen zu sein, die Sodomie verbieten.“¹⁷ In der Konsequenz hieße das z.B., dass nach einer libertären (?) Revolution gegen Castro die Verfolgung von Homosexuellen (die der Autor „Sodomiten“ nennt!) auf Cuba weiter fortbestehen würde: Sie würden *nicht* aus den Folterkammern der Staatssozialisten befreit. Wenn das eine libertäre Position ist, bin ich **kein** Libertärer!

Von Paul Goodman, vor Murray Rothbard der erste meiner intellektuellen Helden, habe ich allerdings die Weisheit, dass eine ganz andere als die von Hoppe zugrunde gelegte konservative Haltung den libertären Ideen angemessen sei: Wir wollen nicht alles umstürzen und verändern, weil das den Menschen Angst macht und sie zu Objekten politischer Strategien herabwürdigt, sondern so viel wie möglich von dem bewahren, was ihnen vertraut ist. Wir wollen „nur“ die Bereiche der Freiwilligkeit vergrößern: Niemand muss sich ändern und niemand wird zur Änderung gezwungen, aber jeder darf sich ändern, wenn er das will (und die Ressourcen dazu hat).¹⁸ Diese konservative Haltung, das wusste auch Goodman, hat jedoch nichts mit dem politischen Konservatismus unsere Tage gemein; darum bezeichnete er sich als einen „Steinzeitkonservativen“. – Um Goodman für die Homophoben unter den Konservativen nun nicht zu attraktiv zu machen, möchte ich anfügen, dass er homosexuell war und ein Vorkämpfer der libertären Schwulenbewegung. Andererseits hat er drei Kinder gezeugt und großgezogen. Dies als kleiner Hinweis zur von Hoppe angestoßenen Diskussion um die tendenziell kürzere „Zeitpräferenz“ von Homosexuellen, weil sie prinzipiell kinderlos seien (während die Versorgung der Kinder und die Sicherstellung ihrer Zukunft eine längere

¹⁶ „Libertarians must [sic!] distinguish themselves from others by practicing (as well as advocating) the most extrem form of intolerance and discrimination against egalitarians, democrates, socialists, communists, multiculturalists, environmentalists, ill manners, misconduct, incompetence, rudeness, vulgarity, and obscenity“ (Democracy, S. 219).

¹⁷ Edward Feser (Self-Ownership, Abortion, and the Rights of Children: Toward a More Conservative Libertarianism, in: Journal of Libertarian Studies, Vol 18, No 3, Summer 2004): „Anyone, including any libertarian, who thinks homosexuality is immoral has grounds for opposing the repeal of such [i.e. anti-sodomy] laws“ (S. 112).

¹⁸ Paul Goodman, New Reformation: Notes of a Neolithic Conservative, New York 1970: Random; ders., Anarchistisches Manifest (1945/62), in: Blankertz/Goodman, Staatlichkeitswahn, Wetzlar 1980: Büchse der Pandora.

Zeitpräferenz erforderten). Die Gruppe der *ausschließlich* homosexuellen Personen, auf die das Hoppe-Argument (wenn überhaupt) bloß zutreffen kann, wird um 3% geschätzt, ist demnach wahrscheinlich geringer als der Personenkreis, der zölibatär lebt oder aus anderen Gründen kinderlos bleibt. Auf jeden Fall ist die Gruppe zu klein, als dass man sich deretwegen Sorgen um die Reproduktion der Gesellschaft machen müsste. Evolutionsbiologisch wird Homosexualität z.B. von Edward O. Wilson übrigens so erklärt, dass Homosexuelle als „Helfer am Nest“ das Überleben *anderer* naher Verwandter unterstützen. Ich finde diese Erklärung nicht letztendlich überzeugend, sie macht jedoch deutlich, dass Hoppe in dieser Sache nicht nur nicht in ökonomischer, *sondern auch nicht* in Natürlichkeits-Hinsicht das letzte Wort hat.

Die Ausgangsfrage, wie libertär der Konservatismus sein könne, beantworte ich Paul Goodmans Einspruch zum Trotze wie Murray Rothbard: Der Konservatismus kann nicht libertär genug sein. Der Konservative, der libertär ist, ist nicht konservativ; und der Libertäre, der konservativ ist, ist nicht libertär.

PDF-Version: www.mises.de